

Humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe für Burma?

Die internationale Debatte über Burma ist derzeit geprägt durch Neubewertungen. Die wachsende Zahl von Friedensgesprächen zwischen dem herrschenden Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) und verschiedenen bewaffneten ethnischen Oppositionsgruppen wirft ein scharfes Licht auf die Frage der humanitären und der Entwicklungshilfe. Eine Interpretation dessen, was diese Waffenstillstände sowohl auf nationaler als auch auf örtlicher Ebene bedeuten, ist immer noch schwer; dazu ist es noch zu früh. Außerdem bleibt die schwierige Frage des politischen Wandels in Rangun, wo Daw Aung San Suu Kyi immer noch unter Hausarrest steht und wo der vom SLORC im Januar 1993 einberufene Nationalkonvent langsam vorankommt.

Gleichwohl liefert der Waffenstillstand, der im Februar dieses Jahres zwischen dem SLORC und der mächtigen Kachin Independence Organization (KIO) geschlossen wurde, einen weiteren Beweis für den rasch voranschreitenden Wandel in der komplexen Welt ethnischer Politik Burmas. Selbst für den zynischsten Beobachter sollte der Händedruck zwischen dem ersten Sekretär des SLORC, Generalleutnant Khin Nyunt, und dem Stabschef der KIO, Generalmajor Zau Mai, in der Hauptstadt des Kachin-Staates eine deutlicher Hinweis sein, daß die verschiedenen Protagonisten nach vier Jahrzehnten bewaffneten Konflikts mit hundertausenden Toten einen neuen Umgang miteinander versuchen. Die internationalen Organisationen, die sich mit der humanitären und politischen Krise in Burma befassen, stehen nun vor der Herausforderung, diese Entwicklungen zu verstehen und über die neuen Realitäten nachzudenken.

Reaktionen der oppositionellen Gruppen

Bis jetzt bestand die anfängliche Reaktion vieler Oppositionsgruppen aus tiefem Mißtrauen. Man konzentrierte sich mehr auf die Auswirkungen für die neuen Parteien oder Fronten, wie die Democratic Alliance of Burma, die die ethnischen Minderheiten gemeinsam mit burmesischen Oppositionellen in Folge der Demokratieaufstände von 1988 gegründet hatten. Wenn der Waffenstillstand mit

der KIO das erste Abkommen dieser Art wäre, müßte dies nicht sehr überraschen.

Tatsächlich ist jedoch der Waffenstillstand mit der KIO, die zweifellos eine der am besten organisierten bewaffneten Oppositionsgruppen in Burma ist, bereits der zehnte mit den verschiedenen ethnischen Kräften seit der Machtübernahme durch den SLORC. Führer aller Seiten stimmen darin überein, daß riesige soziale, wirtschaftliche und politische Probleme weiterhin ungelöst sind. Obwohl darüber wenig berichtet worden ist, erleben die Dorfbewohner in den ausgedehnten Gebieten der ethnischen Minderheiten Burmas unter der Kontrolle von verschiedenen ethnischen Kräften der Pa-O, Wa, Shan, Palaung und Kokang als ein Resultat dieser Waffenruhen heute den ersten wirklichen Stillstand der Feindseligkeiten seit Jahrzehnten. Trotz vieler Voraussagen haben die Waffenstillstände bisher Bestand gehabt, obwohl einige andauernde Zusammenstöße mit so unterschiedlichen Gruppen wie der Karen National Union (KNU) und Khun Sas Mong Tai Army deutlich machen, daß ein dauerhafter Frieden solange unwahrscheinlich ist, bis der Friedensprozeß alle bewaffneten Gruppen einbezieht.

Gewiß wird das Angebot für Friedensgespräche von den verbleibenden ethnischen nationalistischen Kräften, einschließlich der KNU und der New Mon State Party, jetzt tatsächlich sehr sorgfältig diskutiert. "Wir glauben, daß es dem SLORC mit den Friedensgesprächen sehr ernst ist", sagte einer der führenden Offiziere der KNU. "Wir kämpfen seit 40 Jahren für eine gerechte politische Lösung und sind stets zu Gesprächen bereit gewesen. Für uns lautet die Frage: Meinen sie es ernst?"

Dieses Dilemma ist für Burmas Nachbarn und jene westlichen Regierungen und Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) von Bedeutung, die bis jetzt den größten Teil der humanitären Hilfe für die Flüchtlinge, Studenten und die übrigen Opfer an Burmas Grenzen geleistet haben. Sämtliche offizielle Hilfe des Westens für die burmesische Regierung wurde 1988 aus Protest gegen die Machtübernahme durch den SLORC eingestellt. Seitdem waren die internationalen Reaktionen im wesentlichen geteilt: Während die westlichen Regierungen Waffenembargos und politischen Druck zur Durchsetzung von Menschenrechten

bei den Vereinten Nationen (UN) unterstützten, befürworteten die Nachbarländer, insbesondere China und Thailand, eine Politik, die sie "constructive engagement" nannten.

Es ist allerdings äußerst fraglich, welche Politik mehr Ergebnisse hervorgebracht hat in einem Land, das eines der isoliertesten Länder der Welt bleibt. Die unerwartete und zunehmende Zahl von Waffenstillständen erinnert nachdrücklich daran, daß es die Völker Burmas selbst sind, die über ihr politisches Schicksal entscheiden. Burmesische Politik ist ein komplexes und gefährliches Minenfeld, das zu betreten selten sicher war. Ein Jahrzehnt voller politischer Unterstützung für die aufständische kommunistische Partei Burmas durch China und westlicher Unterstützung für den Ex-Premierminister U Nu, der mit der KNU und anderen ethnischen Kräften in den frühen siebziger Jahren in den Dschungel gegangen ist, schlugen fehl und brachten nicht die erwünschten Ergebnisse.

Untersuchung humanitärer Probleme

Man sollte deshalb niemals außer acht lassen, daß die gegenwärtige Konfrontation nicht erst 1988 begonnen hat und daß eine langfristige Sicht der Dinge notwendig ist. In der Struktur der burmesischen Gesellschaft und Politik liegen tiefverwurzelte, ungelöste Probleme. Einige sind ein Erbe britischer Herrschaft, die seit dem ersten Ausbruch der Aufstände andauern. Seitdem sind in Burma Probleme aufgetreten, die noch angesprochen werden müssen: militärischer Generationenwechsel, zivile (oder demokratische) Regierung und die Rechte der ethnischen Minderheiten. Mal scheint das eine Problem gerade am wichtigsten, mal ein anderes; das ändert sich ständig. Unabhängig davon, welche Regierung an der Macht ist, werden aber auf lange Sicht diese grundlegenden und potentiell destabilisierenden Probleme wahrscheinlich bestehen bleiben bis ein wirklicher, freiwilliger Konsens zwischen allen burmesischen Völkern erreicht worden ist.

Die politische Zukunft ist nicht vorhersehbar; aber es ist eine wichtige und positive Folge der Waffenstillstände und der allmählichen Öffnung durch den SLORC, daß wenigstens eine vorläufige Untersuchung der humanitären Probleme Burmas in vielen abgelegenen Gegenden des Landes möglich wurde – seit Jahrzehnten zum ersten Mal. Die ersten ausländischen Hilfsorganisationen, denen nach 1989 Zutritt zu diesen Gebieten gewährt wurde, waren Einrichtungen der Vereinten Nationen (hauptsächlich UNDP und UNICEF), aber auch eine steigende Zahl von NGO besuchen unterschiedliche Gegenden des Landes.



Flüchtlinge, hier in Bangladesch, sind der sichtbarste Beweis der bewaffneten Auseinandersetzungen. Sollen die Konflikte dauerhaft gelöst werden, ist nicht nur humanitäre Hilfe ein vorrangiges Problem, sondern auch die Wiederansiedlung von Hunderttausenden.

aus: FEER v. 26.5.94, S. 13

Médecins Sans Frontières (Holland) führt beispielsweise Gesundheitstrainings-Projekte in Rangun und im Arakan-Staat durch und hat vor kurzem mit der Diskussion über ein anderes Projekt im Kachin-Staat begonnen.

Keine 'Krise' in Burma?

Obwohl gerade der erste Schritt gemacht ist, was die Umsetzung humanitärer Hilfe angeht, entsteht durch all diese Studien und Besuche allmählich ein Bild über das Ausmaß und die Natur der unmittelbaren humanitären Notwendigkeiten in Burma. Im Vergleich zu Somalia oder Ruanda sei der Begriff "Krise" im burmesischen Kontext häufig überstrapaziert worden, so die Meinung einiger ausländischer Diplomaten. Als eines der fruchtbarsten Länder Asiens, das reich an Mineralien ist, hat Burma viele talentierte und hochqualifizierte Leute hervorgebracht, die nur auf den Einsatz ihrer Fähigkeiten warten, sobald die Umstände es erlauben und ein Weg aus der politischen Sackgasse gefunden ist.

Angesichts eines durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens von gerade einmal 250 US-Dollar im Jahr stimmt es jedoch zweifellos, daß die langen Jahre des Konfliktes und der Stagnation einen zunehmend bedenklichen Tribut gefor-

dert haben. Heute gibt es in Burma Gesundheits- und soziale Probleme, die häufiger den ärmsten Nationen der Welt zugeschrieben werden, einschließlich Burmas Nachbarland Bangladesch, mit dem es bei den Vereinten Nationen den Status als "am wenigsten entwickeltes Land" teilt. Laut den UNICEF-Statistiken beispielsweise bedeutet eine Müttersterblichkeitsrate von wenigstens 250 pro 100.000 Lebendgeburten, daß mindestens acht Frauen in Burma täglich an Ursachen sterben, die mit ihrer Schwangerschaft zusammenhängen. Kinder sind sogar noch verletzlicher; obwohl Kinder bis zum Alter von fünf Jahren nur 15 Prozent der Gesamtbevölkerung von 43 Millionen ausmachen, machen sie fast die Hälfte der jährlichen Sterberate aus, meist in Folge leicht behandelbarer Krankheiten wie Durchfall, Malaria und Lungenentzündung. In vielen Gegenden ist auch die Qualität der Bildungsangebote sehr niedrig. Laut einer gemeinsamen Studie von UN-Agenturen und dem Bildungsministerium schließt tatsächlich weniger als eins von drei Kindern die vier Jahre Unterricht der Grundschule ab.

Offensichtlich kann den tiefgreifenden sozialen Problemen nur mit langfristigen Gesundheits- und Bildungsprogrammen begegnet werden, die wirklich in die am stärksten verarmten, vom Krieg betroffenen Regionen des Landes reichen. Ver-

schiedene UN- und Entwicklungsvertreter haben auch Fragen zur Politik der Regierung gestellt, etwa zu der umstrittenen Umsiedlung von Zivilisten und den Arbeitsprogrammen, die soziale Mißstände eher verschlimmern als lindern.

Vier Problemfelder

Folglich werden in den kommenden Jahren Auseinandersetzungen über den politischen Kontext, in dem die lange überfälligen sozialen Reformen endlich eingeführt werden, wahrscheinlich andauern. Kurzfristig ragen jedenfalls vier große Bereiche als anspruchsvolles, unmittelbares humanitäres Anliegen heraus - Bereiche, die zum größten Teil durch praktisch jede neue Studie seit 1988 bestätigt worden.

Der erste Bereich ist der miserable Zustand der schlecht entwickelten Infrastruktur und Wirtschaft. Seit der SLORC an der Macht ist, hat es neue Geschäftsentwicklungen in Rangun und - mehr noch - in Mandalay gegeben, aber viele Gegenden werden von den Folgen aus fünf Jahrzehnten politischer Instabilität und ethnischer Konflikte schnell eingeholt. UNICEF-Vertreter haben Fälle ernsthafter Unterernährung in Krankenhäusern in Rangun registriert, und für viele Familien stellt das wirtschaftliche

Überleben nun täglich das drängendste Problem dar. Burma befindet sich nun in der dritten größeren Phase eines politischen Wandels seit der Unabhängigkeit. In dieser Phase ist es schwer vorstellbar, wie eine nachhaltige Sozial-, Gesundheits- und Wirtschaftspolitik auf den Weg gebracht werden kann, solange nicht die himmelschreienden Probleme der Wirtschaft ebenso wie der politische Prozeß angesprochen werden.

Das zweite Problem steht damit in engem Zusammenhang: die humanitären Folgen von mehr als vier Jahrzehnten bewaffneter Auseinandersetzung. Die menschlichen Kosten dieser Kriege sind unermesslich; wenigstens 10.000 Menschen sind jedes Jahr gestorben. Allein im nördlichen Shan-Staat schätzen Führer der Gemeinden, daß mindestens die Hälfte der Bevölkerung in die Städte gezogen ist, vertrieben worden oder ins Exil geflohen ist, seit heftige Gefechte in dieser abgelegenen Region erstmals Mitte der 60er Jahre ausbrachen. Diese Wanderungen spiegeln die Massenbewegungen der Burmanen und der Völker ethnischer Minderheiten in anderen Teilen des Landes wider, die bereits 1948 begannen. Für die internationale Gemeinschaft sind die 75.000 Flüchtlinge (meist Karen und Mon) in den offiziellen Lagern in Thailand und die geschätzten 200.000 muslimischen Flüchtlinge in Lagern in Bangladesch der sichtbarste Beweis dieser Konflikte. Thailändische Regierungsvertreter haben darüber hinaus vor kurzem berichtet, daß die tatsächliche Zahl der Flüchtlinge aus Burma eher bei 350.000 liegt. Es gibt außerdem große Flüchtlingsgruppen sowohl in China als auch in Indien, obwohl sie zahlenmäßig nicht erfaßt sind.

Humanitäre Hilfe und Wiederansiedlung

Jedes dauerhafte Lösungskonzept dieser Probleme muß deshalb ein dringliches Programm für humanitäre Hilfe und Wiederansiedlung einbeziehen. Es ist keine Übertreibung, wenn man davon ausgeht, daß es heute wohl über eine Million Vertriebene in Burma gibt. Solange Gruppen wie die KNU noch außerhalb des Friedensprozesses stehen, bleiben natürlich viele unberechenbare Probleme bestehen. Es war aber bei den jüngsten Gesprächen zwischen den Militäroffizieren und den Gruppen wie Kachin, Mon und Karenni bemerkenswert, daß sie zusätzlich zur politischen Anerkennung die erste echte Diskussion über humanitäre und über Entwicklungsfragen innerhalb der letzte drei Jahrzehnte zwischen den verschiedenen Protagonisten ermöglicht haben.

Frustration ist laut geworden, daß trotz der Aussicht auf Waffenstillstände international geächtete Praktiken – ein-

schließlich Zwangsarbeit und Zwangsträgerdienste – weiter praktiziert worden sind. Dennoch sagen die Führer der Mon und anderer ethnischer Minderheiten, es habe sie ermutigt, daß bis jetzt zumindest sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Entwicklung als Teil des Friedenspaketes betrachtet worden ist. Das könnte ohne weiteres grenzüberschreitende Hilfe beinhalten, wenn beide Seiten sie für nötig halten. Diese Möglichkeit wird offensichtlich dadurch bestätigt, daß bereits Gespräche stattgefunden haben, die sowohl thailändische Vertreter als auch Vertreter westlicher NGOs einbezogen haben. (Es muß betont werden, daß alle Waffenstillstände bis heute im wesentlichen nur die militärische Lage berücksichtigen. Die Beteiligten haben sich darauf geeinigt, die Auseinandersetzung um langfristige politische Probleme zu vertagen, um nach all den Jahren des Konfliktes die einzelnen Probleme allmählich Schritt für Schritt anzugehen.)

Heroinabhängigkeit grassiert

Das führt zu zwei weiteren Krisen, denen sich Burma heute gegenüber sieht. Sie sind in vielfacher Hinsicht eng miteinander verbunden: Drogen und Aids. Diese Bereiche erregen zunehmend die internationale Aufmerksamkeit. Mehr als drei Jahrzehnte sind die Probleme Drogen und Aufstand in Nordostburma untrennbar miteinander verbunden gewesen. Laut Außenministerium der USA ist Burma heute der größte Produzent illegalen Opiums und Heroins, mit einer jährlichen Opiumernte, die sich seit 1988 auf mehr als 2.000 Tonnen pro Jahr verdoppelt hat. Mit den Jahren ist die Schuld einer ganzen Bandbreite unterschiedlicher Akteure im Labyrinth der Politik des Shan-Staates angelastet worden – und natürlich sind einige Gruppen stärker daran beteiligt gewesen als andere. Der internationale Drogenhandel hat schon seit langem seine eigene Korruption angeheizt. Aber es ist eine simple Tatsache, daß keine einzelne Agentur oder Allianz jemals vollen Zugang zu all den verschiedenen Mohnanbaugebieten hatte, was erforderlich ist, wenn echte Lösungen jemals gefunden werden sollen.

Zu Unrecht hat sich die ausländische Aufmerksamkeit für gewöhnlich auf die internationalen Implikationen dieses Handels konzentriert. Aber es ist wie mit den Folgen des Krieges: Es ist schwer, in Nordostburma irgendeine Familie zu finden, die nicht auf die eine oder andere Weise von dieser schrecklichen Geißel betroffen ist. Heroinabhängigkeit grassiert sowohl in Gebieten, die von der Regierung kontrolliert werden als auch in Gebieten unter Kontrolle der bewaffneten Widerstandsgruppen. Ärzte in jeder Bevölkerungsgruppe betonen, daß eine Umstellung der Ernte und Drogenrehabili-

itationsprogramme auch weiterhin, im besten Fall nur teilweise erfolgreich sein werden, solange es keinen echten Frieden gibt.

Aids-Epidemie

Die explosive Ausbreitung der Aids-Epidemie in Burma, die sich buchstäblich über Nacht vollzogen hat, hat die Dringlichkeit der Probleme nur noch weiter verschärft. Bis September 1993 waren lediglich 5.862 Fälle von HIV-Infektionen offiziell registriert. Nach neuesten Schätzungen der WHO gibt es jedoch heute in Burma mehr als 100.000 Virus-träger, und Aids breitet sich weiterhin rasend schnell im gesamten Land aus, größtenteils durch den Gebrauch von Drogen oder durch Arbeitsmigranten und aus Thailand zurückkehrende weibliche Prostituierte. Das alptraumhafte Szenario einer neuen menschlichen Katastrophe, die selbst an die Verlustziffern der langen ethnischen Konflikte heranreichen könnte, wurde offenbar von Zahlen der Gesundheitsüberwachung aus dem letzten September bestätigt, die alarmierende Anteile von über 90% HIV-Infizierten unter Drogenabhängigen im Kachin-Staat aufdeckten. Niedrigere, aber immer noch schockierende Zahlen über den Infektionsgrad schwangerer Frauen und



aus: FEER v. 21.7.94, S. 26

anderer Stichprobengruppen im südlichen Shan-Staat sowie im Südosten Burmas bestätigten die schlimmsten Vorhersagen über die rasche Übertragung der Krankheit aus und nach Thailand.

Natürlich kennt das Aids-Problem keine Menschenrechtsgrenzen, was zu einer starken Beunruhigung unter den Verantwortlichen sämtlicher Volksgruppen in Burma geführt hat. Bezeichnend hierfür waren verschiedene Plakate, die – noch vor Unterzeichnung des Waffenstillstands mit der KIO – in verschiedenen Städten im gesamten Nordosten Burmas die Runde machten. Die Plakate waren teils von den regierungsamtlichen Gesundheitsbehörden und teils

von der KIO hergestellt worden. Sie warnten vor den Gefahren durch Drogen und klärten darüber auf, wie eine HIV-Infektion vermieden werden kann.

Massive humanitäre Anstrengungen im Kampf gegen Drogen und Aids, was sich alle Burmesen Bürger wünschen, erhöht daher die Chance der Zusammenarbeit vieler, lange Zeit voneinander getrennter Volksgruppen, was noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wäre. Wie andernorts gemachte Erfahrungen zeigen, müssen, damit solche Programme wirklich Erfolg haben können, soziale Freiheiten und Rechte der örtlichen Gemeinschaften und Gruppen wiederhergestellt werden. Dazu gehören buddhistische Organisationen in den Dörfern und der Kachin Baptist Convention, der in den Friedensgesprächen zwischen der KIO und dem SLORC den wichtigsten Vermittler darstellte. Hierüber denken die SLORC-Vertreter inzwischen ernsthaft nach, und so lange wie der Friedensprozeß seine gegenwärtige Dynamik beibehält, wird die Frage, ob und in welcher Form in- und ausländische NGOs zu sozialen Themen in Burma arbeiten könnten, zum ersten Mal seit Jahren wirklich geprüft.

Hilfe ist sinnvoll

Wie sollte also die internationale Gemeinschaft hierauf reagieren? Natürlich

sollte jede Organisation die nach wie vor sehr komplexe Situation nach ihren eigenen Kriterien beurteilen. Die Hilfe muß eingesetzt werden, um politische, ethnische oder religiöse Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, anstatt sie zusätzlich zu verschärfen. Wenn jedoch allein durch die Hilfe die Menschen direkt erreicht werden können, ohne einseitig eine der politischen oder ethnischen Gruppen zu stärken, dann muß eine Unterstützung, die sich allein auf humanitäre Bereiche bezieht, ernsthaft geprüft werden.

Man macht es sich einfach, wenn man Untätigkeit mit der Begründung rechtfertigt, daß aus Burma ein zweites Bosnien werden wird oder wenn man einfach auf eine noch blutigere Wiederholung der Ereignisse von 1988 wartet. Gewiß könnte jeder beliebige Geschichtsstudent diese Szenarien plausibel begründen. Damit würde man jedoch ignorieren, daß das Land mehr als alles andere Frieden und Versöhnung braucht. Allen Menschen in Burma muß es eines Tages möglich sein, als gleiche unter gleichen am selben Tisch zu sitzen, ohne von irgendeiner bewaffneten Gruppe bedroht zu werden. Nach so vielen Jahren der Konflikte darf kein Schritt, der in diese Richtung führt, unversucht bleiben.

Daher käme es einer Tragödie gleich, wenn die humanitäre Hilfe – indem man

die Unterstützung beschneidet oder verstärkt – zu einem politischen Spielball in Burmas andauernder Krise würde. Die eigentlichen Opfer wären alle Völker Burmas. Letzten Endes werden natürlich die Handlungen der verschiedenen Protagonisten selbst in den kommenden Monaten die Parameter dessen festlegen, was an Entwicklung und humanitärer Hilfe möglich ist.

Die gegenwärtige Androhung von Zwangsmaßnahmen gegen Flüchtlinge seitens Thailands wird sich als kontraproduktiv erweisen. Gleichwohl sollten sich die internationalen Organisationen darüber im klaren sein, daß die unentbehrliche Hilfe, die den seit langem überfälligen Geist der Versöhnung und des Dialogs als Teil des politischen Reformprozesses fördern kann, wirklich allen Völkern in Burma zugute käme. Sie haben bereits viel zu viel gelitten.

Martin Smith

Der Autor ist BBC-Journalist und Verfasser des Buches 'Burma: Insurgency and the Politics of Ethnicity'. Dieser Artikel ist zuerst in 'Burma Debate' Vol. 1, No. 1, Juli/August 1994 erschienen, einer neuen Burma-Zeitschrift aus den USA. Übersetzung aus dem Englischen von Detlef Bremecke und Silvia Feist.

BURMA

NACHRICHTEN

Gespräche zwischen SLORC und Aung San Suu Kyi?

Generalleutnant Khin Nyunt, Geheimdienstchef und Erster Sekretär des SLORC, hat in einem Interview mit der New York Times im Juli angekündigt, daß er sich mit Aung San Suu Kyi treffen wolle. Die Regierung wolle damit ihre Bereitschaft zeigen, mit Oppositionellen zusammenzuarbeiten. Ein Datum für ein Gespräch gab der Geheimdienstchef nicht bekannt. Am 13. August erklärte Rewata Dhamma, ein burmesischer Mönch, der in England lebt, er habe sich mit Mitgliedern der Regierung und mit Aung San Suu Kyi getroffen. Beide Parteien hätten nochmals ihre Bereitschaft zu baldigen Gesprächen bekundet. Nach Aussage gut informierter Kreise soll das Gespräch bis zum 13. September stattgefunden haben. Bei Redaktionsschluß lagen noch keine genaueren Informationen vor.

Rewata Dhamma war am 7. August nach Burma gereist und hatte dort bei einem Treffen mit Khin Nyunt die Regie-

rung aufgefordert, bald Gespräche anzuberaumen. Auf seinen Wunsch, mit Aung San Suu Kyi zu sprechen, arrangierte Khin Nyunt noch am gleichen Tag ein Treffen. Aung San Suu Kyi habe erfreut und positiv auf das mögliche Gespräch mit der Militärregierung reagiert. Der Mönch erklärte weiter, daß General Than Shwe, der Premierminister des Staatsrats zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) selbst mit Aung San Suu Kyi sprechen wolle. Allerdings würden die Gespräche sehr wahrscheinlich "top secret" bleiben. Für Aung San Suu Kyi begann am 20. Juli das sechste Jahr unter Hausarrest. In den sechs Jahren hatte sie insgesamt neunmal ihre Familie empfangen dürfen. Anfang dieses Jahres durfte sie erstmals anderen Besuch empfangen: ein US-amerikanischer Politiker, ein UN-Vertreter und ein Journalist erhielten eine Gesprächserlaubnis. (s. SOAI 1/94) Schon bei dieser Unterredung

hatte Aung San Suu Kyi betont, daß sie bereit wäre, sich mit der Junta zu treffen und über alles zu reden, mit Ausnahme des Regierungsangebots, sie freizulassen, wenn sie ins Exil ginge. Rewata Dhamma war der erste Burmese, der Aung San Suu Kyi besuchen durfte.

vgl. The Western Australian 13.7.94; BP 20.7.94; RTR 13., 15.8.94

Gespräche zwischen SLORC und UN

Der Außenminister des Staatsrats zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC), Ohn Gyaw, hat bei einem Arbeitessen mit seinem thailändischen Amtskollegen Prasong Soonsiri angekündigt, daß Burma bereit sei, mit den Vereinten Nationen über Demokratisierung und die Verbesserung der Situation der Menschenrechte zu sprechen. Wenige Tage nachdem Geheimdienstchef General Khin Nyunt seine Bereitschaft für ein Gespräch mit Aung San Suu Kyi angekündigt hatte, erklärte Prasong Soonsiri, die burmesische

Regierung habe ihn autorisiert, sich für einen Dialog mit Burtros Butros Ghali einzusetzen.

vgl. BA No. 8, August 94; IRRRA Vol. 2 No. 9, July 94

Zwangsarbeit in Mandalay

Bewohner von Mandalay, der zweitgrößten Stadt Burmas, werden laut Berichten von zwei nordamerikanischen Journalisten zu Zwangsarbeiten herangezogen. Im Rahmen des für 1996 geplanten "Visit Myanmar Year" zwingt die burmesische Regierung Bewohner der Stadt, an Säuberungsaktionen teilzunehmen. Unbewaffnete Soldaten überwachen die Arbeiten. In den Artikeln in der New York Times und im Toronto Star heißt es, Familien von Militärangehörigen, sowie Personen, die eine Steuer von 150-200 Kyat entrichten, würden nicht zu den Arbeiten gezwungen. Bisher hatte es nur Berichte über Zwangsarbeiten in ländlichen Gebieten gegeben, zu denen die Öffentlichkeit keinen Zugang hat.

vgl. BA No. 8, August 94